

ECUADOR

Der Fluch des schwarzen Goldes

Politische Instabilität und die Dominanz ausländischer Erdölkonzerne machen den Ecuadorianern zu schaffen. Vor der Stichwahl um die Präsidentschaft herrscht Resignation.

Eigentlich lebt Silvio David Malaver Santi im Paradies. Der Regenwald im Osten Ecuadors beherbergt eine einzigartige Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Die Kichwa, zu denen Silvio gehört, führen ein Leben in Einklang mit der Natur. Die indigene Bevölkerungsgruppe ernährt sich von den eigenen Gärten im Urwald sowie vom Jagen und Fischen. "Für uns ist die Erde unsere Mutter. Wir wollen sie in einem lebenswerten Zustand erhalten", erklärt Silvio.

Doch das Paradies ist bedroht. Das Dorf Sarayacu ist umgeben von Erdölförderanlagen. Internationale Konzerne wetteifern um die Ölquellen. "Uns hat niemand gefragt", sagt Silvio. "Dabei müssen wir mit den Folgen leben." Mit dem Öl tritt Erdgas aus, das direkt abgepackelt wird. Die Luft ist mit Schadstoffen hoch belastet, so dass viele Kichwa an Atemwegserkrankungen leiden. Das Abwasser, das im Erdreich versickert, ist voller Schwermetalle. Alle paar Tage bricht eine Pipeline. Zahlreiche Familien leben direkt neben den Ölquellen, die Kinder baden in den verseuchten Flüssen und bekommen davon Hautausschläge. In jeder Familie gibt es mehrere Personen, die an Krebs erkrankt sind. Eine Studie der Organisation Acción Ecologica ergab, dass die Sterberate in den Erdölfördergebieten mehr als doppelt so hoch ist wie in der Hauptstadt Quito.

Die Dorfgemeinschaft von Sarayacu führt seit Jahren einen ungleichen Kampf gegen die übermächtige Erdölindustrie – mit Parlamentspetitionen und vor Gericht. Es sei schon allein aus finanziellen Gründen wie ein Duell "David gegen Goliath", sagt die peruanische Rechtsanwältin Lily la Torre Lopez, die Silvio im Frühjahr nach Europa begleitete, um bei Podiumsdiskussionen und Vorträgen unter anderem in Luxemburg auf die Situation der Kichwa aufmerksam zu machen. Den Indigenen fehle es völlig an Unterstützung von Seiten der ecuadorianischen Regierung, bedauert Lily.

Das Erdöl macht rund ein Viertel des ecuadorianischen Bruttoinlandsprodukts aus, obwohl nur fünf Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in dem Sektor arbeiten. Die ungerechte Verteilung der Gewinne, die vor allem ausländischen Konzernen zugute kommen, führte im August 2005 zu Protest- und Streikaktionen von Erdölarbeitern. Sie besetzten in den drei Ölprovinzen Napo, Orellana und Sucumbíos öffentliche Gebäude, Förderanlagen und Flughäfen. Die Förderung kam dadurch völlig zum Stillstand. Die Streikenden verlangten eine höhere Besteuerung der Konzerne und Investitionen in die lokale Infrastruktur sowie Beschäftigungsprogramme. Die Regierung verhängte darauf-



März 2006: Ein Angehöriger der ecuadorianischen Bevölkerungsgruppe der Kichwa wird auf einer Demonstration der indigenen Organisation Conaie verhaftet. (Foto: Indymedia)

hin in den betroffenen Provinzen den Ausnahmezustand und setzte die Armee ein. Die Situation beruhigte sich erst, nachdem die Konzerne zugestimmt hatten, sich an Infrastruktur-, Umwelt- und Entwicklungsprogrammen für die Region zu beteiligen.

Linker Hoffnungsträger

Waren es früher Bananen, so sind heute die Erdölexporte mit mehr als 40 Prozent der gesamten Ausfuhren die wichtigste Einnahmequelle Ecuadors. Aus dem Bananestaat ist ein Öllieferant geworden. Wieder einmal bestätigt sich das Paradox, dass an Bodenschätzen reiche Länder in die Armutsfalle geraten. Rund drei Viertel der Bevölkerung leben nach Angaben der Vereinten Nationen in Armut. Viele Ecuadorianer haben aufgrund der jahrelangen Wirtschaftskrise ihre Heimat verlassen. Ecuador ist zurzeit eines der am wenigsten stabilen Länder Südamerikas. Die innenpolitische Lage ist angespannt, das Land befindet sich am Rand der Regierbarkeit. Korruption und Vetternwirtschaft grassieren. Die Parteien und politischen Institutionen sind diskreditiert: Etwa 85 Prozent der Ecuadorianer haben laut einer Gallup-Umfrage das Vertrauen in die Politik verloren. Das Land leide an einem "defekten institutionellen Gerüst", konstatiert der Soziologe Simón Pachano.

Nun soll das kleine Land, das in den vergangenen zehn Jahren sieben Staatschefs verbrauchte, von denen drei des Amtes enthoben wurden, wieder einen neuen Präsidenten bekommen. Am 26. November steht die Stichwahl an. Bis zum ersten Wahlgang

am 15. Oktober galt Rafael Correa als klarer Favorit: 40 Prozent der Stimmen und ein Abstand von zehn Prozentpunkten hätten ihm bereits genügt. Der neue Hoffnungsträger der Linken kam jedoch nur auf 22,8 Prozent der Stimmen und wurde von dem Milliardär Alvaro Noboa überholt, der 26,8 Prozent erhielt. Letzterer hatte im Endspurt vor dem Urnengang aufgeholt. Im Wahlkampf verteilte der 55-jährige Tycoon großzügig Lebensmittel und Kleider und kündigte an, die Wirtschaftskrise mit den Mitteln der Marktwirtschaft zu beenden. Der reichste Mann des Landes, dem eine der weltweit größten Bananenexportfirmen gehört, setzt nicht zuletzt auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA.

Dagegen sucht Correa die Nähe zu den anderen südamerikanischen Staaten. Der 43-Jährige, der unter anderem in Louvain Wirtschaftswissenschaften studiert hat und mit einer Belgierin verheiratet ist, ist ein Anhänger des venezolanischen Staatschefs Hugo Chávez. Er strebt im Falle eines Sieges die Abkehr vom neoliberalen Kurs sowie einen modernen Sozialismus an. Bildungs- und Gesundheitswesen sollen kostenlos für alle werden. In Anlehnung an die bolivarianische Revolution seines Vorbildes aus Venezuela spricht er von einer "Revolution der Bürger". Ähnlich wie Chávez und Boliviens Präsident Evo Morales plant er den Neuanfang, indem er gleich nach Amtsantritt eine verfassungsgebende Versammlung einberufen möchte.

Dies hat auch das amtierende Staatsoberhaupt Alfre-

do Palacio versucht. Allerdings gelang es dem parteilosen und seit der Absetzung von Lucio Gutiérrez sowie dessen Flucht ins Exil im April 2005 interimistisch regierenden Präsidenten nicht, ein Referendum über die Verfassungsänderung abzuhalten, weil er keine Mehrheit im Parlament fand. Palacio scheiterte endgültig am Veto des Obersten Wahlgerichts. Die Mehrheit der Bevölkerung hingegen sieht eine neue Verfassung als Ausweg aus der Staatskrise. Es wäre übrigens die zwanzigste in 175 Jahren.

Diskriminierte Indigenas

Correa, der unter Palacio drei Monate lang Wirtschaftsminister war, will den gordischen Knoten nun lösen. Er weiß: "Der Staat ist zusammengebrochen. Wir wissen alle, dass nichts besser wird, wenn es keine radikalen Veränderungen gibt." Auf das Parlament will er sich nicht verlassen. Correa hat auf eine Kandidatenliste für die Abgeordnetenversammlung verzichtet. Bei seinem Idol Chávez in Venezuela holte er sich vor kurzem Rat, ebenso bei Argentiniens Präsident Nestor Kirchner, der am Rio de la Plata weitgehend mit Hilfe von Dekreten am Parlament vorbei regiert.

Wie es den Kichwa unter dem neuen Präsidenten ergehen wird, ist ungewiss. Nach wie vor wird die indigene Bevölkerungsgruppe diskriminiert. Daran konnte auch die Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador (Conaie) nichts ändern, die regelmäßig die Missstände anprangert. Der Indio-Dachverband hat längst nicht mehr die Durchschlagskraft wie im Jahr 2000, als er entscheidend zum Sturz des damaligen Präsidenten Jamil Mahuad beitrug, der den US-

Dollar als Währung einführte und das Land in seine tiefste Rezession stürzte. Der Conaie fehlte es in jüngster Zeit an einer breiten Unterstützung. Mit ihrem politischen Arm Pachakutik ("Zeitenwende") hatten sich die Indigenen unter Präsident Gutiérrez erstmals an der Regierung beteiligt, waren aber nach wenigen Monaten aus der Koalition ausgestiegen.

Zuletzt legte die Conaie im vergangenen März mit ihren Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen mit den USA, Peru und Kolumbien sowie für die Verstaatlichung der Erdölindustrie fast das ganze Land lahm. Zwei Monate später gingen wieder die Erdölarbeiter auf die Straße. Mit Erfolg: Die USA brachen die Freihandelsgespräche ab, nachdem Ecuador das Abkommen mit dem US-Erdölkonzern Occidental Petroleum (Oxy) wegen eines Vertragsbruchs gekündigt und dessen Betriebsstätten beschlagnahmt hatte. Die Oxy-Anlagen übernahm das Staatsunternehmen Petroecuador. Der Staat soll künftig stärker an den Gewinnen aus dem Erdölgeschäft beteiligt werden. Mehr als die Hälfte sollen an ihn fließen.

Jedoch stellt sich die Frage, ob die Kichwa etwas davon abbekommen. Eines ist sicher: Sie setzen ihren Kampf gegen die Ausbeutung ihres Landes durch die Ölkonzerne fort. Sie haben allen Grund dazu, denn die Katastrophen in Zusammenhang mit der Ölförderung im Amazonasgebiet häufen sich. Allein in der ersten Jahreshälfte gab es mehr als 100 Zwischenfälle. Vor vier Wochen platzte wie schon so oft eine Pipeline, so dass sich 600 Barrel Rohöl in den Río Tiputini ergossen, die Hauptader des Naturreservats Yasuní. Flussarme verwandelten sich in einen schwarzen Ölsumpf. Aus dem Segen für die Ölfirmen ist für die Menschen im ecuadorianischen Regenwald ein Fluch geworden.

Bustos Domecq

Avis



Le Service central de la statistique et des études économiques recherche pour la division: "Statistiques économiques extérieures"

1 employé (m/f)

engagement à durée déterminée
d'un(e) employé(e) de la carrière D à tâche partielle (20 h/s)

pour la période du 1er décembre 2006 au 31 octobre 2008

profil souhaité:

- titulaire d'un diplôme de fin d'études secondaires ou de fin d'études secondaires techniques ou d'un diplôme reconnu équivalent;
- aisance dans la manipula-

tion des outils informatiques de base;

- capable de s'intégrer dans une équipe pour affronter des tâches très diversifiées;
- bonne maîtrise des langues française, allemande et anglaise;
- une expérience en matière de comptabilité constituerait un atout majeur.

Prière d'adresser les candidatures manuscrites avec CV et copies des diplômes pour le 24 novembre 2006 au plus tard au:

STATEC
à l'attention de Monsieur Serge Allegrezza
Directeur
B.P. 304
L-2013 Luxembourg